

Medienmitteilung

Gemeinsam die Kinderrechte in der Ostschweiz stärken

Gestern hat der Verein Ombudsstelle Kinderrechte Ostschweiz (omki) im Historischen Saal des Bahnhofsgebäudes St.Gallen eine Info- und Vernetzungsveranstaltung von Fachpersonen für Fachpersonen durchgeführt.

Kinder und Jugendliche, die von einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren betroffen sind, werden, obwohl seit Jahrzehnten in Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention gesetzlich vorgeschrieben, leider noch immer nicht regelmässig befragt bzw. alters- oder bedürfnisgerecht einbezogen, und/oder ihre Meinung wird nicht berücksichtigt. Der Verein omki hat deshalb Ende 2020 eine privat finanzierte regionale Ombudsstelle eröffnet, die Betroffene kostenlos berät. Dass es solche Ombudsstellen braucht, ist in Fachkreisen und Politik unbestritten. Leider sind sich Bund und Kantone seit mehr als zehn Jahren nicht einig über die Finanzierung bzw. ob eine nationale Ombudsstelle oder kantonale Ombudsstellen geschaffen werden sollen.

Verschiedene Referentinnen und Referenten berichteten aus ihren Institutionen und zeigten auf, wie sie unterdessen die Kinderrechte in der Ostschweiz weiter stärken:

Tatjana Pinto Cardoso von der Abteilung Gesellschaftsfragen der Stadt St.Gallen, stellte den städtischen Aktionsplan 2025-2028 für eine «Kinderfreundliche Stadt» vor. Sie wies darauf hin, dass es in verschiedenen Dienststellen bereits zahlreiche Angebote zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen gibt. Ein Fokus des Aktionsplans liegt deshalb auf der Optimierung des Bestehenden. Neu arbeiten die Dienststellen koordiniert zusammen, um Synergien zu nutzen. Einzelne Projekte, wie die Verbesserung Schulwegsicherheit aus Sicht der Kinder und Jugendlichen, sind bereits umgesetzt.

Thomas Schmid vom Institut für Soziale Arbeit und Räume (IFSAR) der FH Ost erläuterte das Konzept des «Forschungsprojekts Kinderrechtebarometer». Ziel ist es, repräsentative Daten über die Umsetzung der Kinderrechte und das subjektive Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen in der gesamten Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein zu erhalten. Bis Ende Mai werden in einem aufwändigen Verfahren Kinder und Jugendliche in allen Sprachregionen mit einem online-Fragebogen im Unterricht befragt. Langfristig soll ein Monitoring zur Umsetzung der Kinderrechte etabliert werden.

Prof. Dr. Thomas Metzger von der PHSG warb für den zusammen mit der PHLU lancierten «CAS-Kinderrechte, Demokratie und Menschenrechte leben, lernen und lehren» und erläuterte die Ziele dieses Ausbildungsmoduls. Der UN-Ausschuss für Kinderrechte empfahl 2021 der Schweiz sicherzustellen, dass «alle Berufsgruppen, die mit Kindern und für Kinder arbeiten, insbesondere im Bereich Bildung, systematisch für Kinderrechte geschult werden. Fachpersonen sollen mit dem einjährigen Kurs befähigt werden, in ihrem Umfeld Konzepte zu erarbeiten und Entwicklungen

